



Gleiches Recht für alle

Parallelen und Unterschiede des Nahostkonflikts zur mitteleuropäischen Nachkriegsgeschichte und ihre Konsequenzen für seine Wahrnehmung

Offener Brief der Redaktion der unabhängigen russischsprachigen Zeitung *Rubezh* (Nürnberg) an die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit



(Grafik: *rijo*)

Bei ihrer Rede am 18. März 2008 in der Knesset sprach die deutsche Kanzlerin Angela Merkel über die „besondere historische Verantwortung des Staates Deutschland für die Sicherheit des Staates Israel“. Und weiter: „Das bedeutet, dass die Sicherheit des Staates Israel für mich als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland nie ein Verhandlungsthema sein wird.“ Dies ist so zu verstehen, dass im Falle einer Bedrohung für die Sicherheit Israels Deutschland *vorbehaltlos* auf der Seite des Staates Israel steht.

Diese Meinung und Position wird leider von den meisten Deutschen und Europäern nicht geteilt. Im Gegenteil, alle Meinungsumfragen in den letzten Jahren haben erwiesen, dass Europäer, auch die Deutschen, den Staat Israel selbst als die größte Friedensbedrohung im Nahen Osten und sogar in der ganzen Welt sehen. In diese Ansicht fließen viele Elemente ein: Bei einigen ist sie eine Folge des Antisemitismus des 18. und 19. Jahrhunderts und des Nazismus - es ist sehr bequem, Antisemitismus hinter der Wut auf israelische Okkupanten, die die Palästinenser unterdrücken, zu verstecken -, bei anderen der bis ins Absurde übersteigerten heutigen politischen Korrektheit oder des Überdrusses der deutschen Bürger an ihrer historischen Schuld.

Offen gesagt sieht es so aus, als ob die Kanzlerin bei ihrem Auftritt in der Knesset die Stimmung eines Teils der Bürger, wenn nicht sogar ihrer Mehrheit, ignoriert hat. Das entspricht nicht den Prinzipien einer Demokratie und kann die Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber Israel verstärken.

Für die fehlende Akzeptanz der Deutschen für die offizielle Position Berlins im Nahostkonflikt gibt es einen besonderen Grund, der sich so formulieren lässt: Wir sind nicht gegen die „historische Verantwortung des Staates Deutschland“ für das jüdische Volk. Sie soll sich z.B. in der besonderen Begünstigung Israels in bilateralen Beziehungen äußern - in der Wirtschaft, im Handel, in der Wissenschaft, Kultur usw. Wenn es aber um Sicherheitspolitik geht, berührt das die Interessen von Dritten. Die Palästinenser müssen nicht dafür zahlen, dass die Deutschen mehrere Millionen Juden getötet haben.

Dies ist schwer zu bestreiten. Man muss zugeben, dass die Politik Deutschlands im Nahostkonflikt auf einem unsicheren, teilweise amoralischen Fundament ruht. Aus unserer Sicht gäbe es für sie bessere Grundlagen. Betrachten wir ihre verschiedenen Aspekte.

Territoriale Fragen

Im Jahre 1941 verstieß Deutschland gegen ein vorhandenes Friedensabkommen und griff die Sowjetunion an. Nach dem Sieg der Alliierten annektierte die Sowjetunion das nördliche Ostpreußen und setzte die Annexion großer deutscher Gebiete zugunsten seines Satelliten Polen durch. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland bedeutete ebenso eine Annexion ursprünglich deutschsprachigen Territoriums.

Im Jahre 1948 verstießen fünf arabische Länder gegen die Resolution der Vollversammlung der UNO und griffen den soeben gegründeten Staat Israel an. Nachdem die Gegner geschlagen waren, okkupierten die Israelis arabische Gebiete mit einer Gesamtfläche von 6600 km².

Die Angriffe der arabischen Länder auf Israel wiederholten sich mehrmals. Als Folge annektierte Israel Ost-Jerusalem und die syrischen Golanhöhen.

Als Folge von Annexionen verlor Deutschland 25 Prozent seiner ohnehin nicht sehr großen Staatsfläche.

Die Araber, die im Konflikt mit Israel als einheitliche Nation auftraten, verloren infolge von Okkupation und Annexionen 0,05 Prozent von mehr als zwölf Millionen km² ihres Siedlungsraumes in Asien und Afrika.

Russland verfügt über ein Staatsgebiet von 17 Millionen km², von denen Teile Jahrhunderte lang ungenutzt blieben. Über fast 60 Jahre hinweg konnte es das nördliche Ostpreußen nicht angemessen besiedeln und nutzen. Diese Region war nie ein Teil von Russland, wurde nie von Russen bewohnt und ihr Verlust würde keinesfalls eine Bedrohung für den russischen Staat bedeuten.

Das Staatgebiet Israels umfasst 14.100 km². In seiner am dichtesten bevölkerten Region ist es nur 13 bis 14 km tief. Feindliche Panzerkolonnen könnten diese Distanz innerhalb kürzester Zeit zurücklegen und das Land in mehrere Stücke zerschneiden. Die erste Niederlage Israels würde sein Verschwinden von der Landkarte bedeuten. Die von Israel besetzten Gebiete gehörten in biblischer Zeit zum jüdischen Staat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in seinen Nachbarländern gegenüber Deutschland großes Misstrauen, aber während der letzten Jahrzehnte hat Deutschland erfolgreich die Prüfung seines Willens zu Frieden und Demokratie bestanden. Dass es sich immer noch auf dem Prüfstand fühlt, schadet nicht nur dem deutschen Staat, sondern der ganzen Welt.

Niemand würde bestreiten, dass Israel mehr als genug Gründe dafür hat, den arabischen Nachbarn zu misstrauen.

Niemand auf der Welt, auch nicht die deutsche Regierung, fordert von Russland oder Polen die Rückgabe der ursprünglich deutschen Territorien. Deutschland hilft sogar den Russen bei der Erschließung Ostpreußens. Keiner, außer den Japanern, fordert von Russland die im Zweiten Weltkrieg eroberten Süd-Kurilen zurück.

Alle, auch die USA, der treueste Alliierte Israels, fordern von Israel den Rückzug aus allen okkupierten und annektierten arabischen Gebieten.

Bis auf zwei Ausnahmen ist Israel bereit, diese Territorien für einen dauerhaften Frieden zurückzugeben. Eine Ausnahme erwähnten wir weiter unten, die andere sind die jüdischen Siedlungen in Samaria und Judäa, die von arabischen Territorien umgeben sind. Die israelische Führung behauptet, sie seien für die Sicherheit des Landes wichtig. Unter Berücksichtigung der äußerst prekären geographischen Lage sowie der feindlichen und unberechenbaren Um-

gebung des Staates Israel ist es schwer, dies zu bestreiten. Wir erinnern an dieser Stelle nochmals an die Aussage der Bundeskanzlerin: „Die Sicherheit des Staates Israel wird für mich als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland nie ein Verhandlungsthema sein.“

Auf einer Pressekonferenz in Jerusalem am 17. März 2008 sagte Frau Merkel: „Der Friedensprozess wird durch mehrere Faktoren erschwert, vor allem durch die Raketenangriffe auf israelische Städte, aber auch *durch den Ausbau der jüdischen Siedlungen*.“ Es geht also nicht um die Gründung neuer Siedlungen, sondern um die Erweiterung solcher, die bereits existieren.

Im Koran wendet sich Moses an sein Volk: „O mein Volk! Kommt in das heilige Land, das von Allah für Euch bestimmt war, und kehrt nicht zurück, um keine Verlierer zu werden.“ (Sure 5:24). Allah sagt also ausdrücklich, dass das heilige Land Palästina von ihm für die Juden bestimmt wurde. Es wäre nicht schlecht, wenn die Araber ihrem heiligen Buch folgen und die anderen sie ab und zu daran erinnern würden.

Unsere Frage lautet: *Warum sieht die Bundeskanzlerin in den großen, von Russland eroberten deutschen Gebieten kein Hindernis für die Beziehungen zwischen Deutschland einerseits und Russland, Polen sowie Tschechien andererseits - letztere sogar Alliierte in der NATO -, wenn sie gleichzeitig mit den Arabern einverstanden ist, dass die Stücke Land, an denen Israel in Palästina festhält, ein unüberwindbares Hindernis für den Friedenprozess im Nahen Osten sind?*

„Heiligtümer“

Das andere Territorium, das Israel den Palästinensern nicht überlassen will, ist Ost-Jerusalem. Die Muslime behaupten, Jerusalem sei eines ihrer Heiligtümer, denn hier befindet sich der Fels mit dem Abdruck der Ferse des Propheten Mohammed als Beweis für seine Himmelfahrt.

Die Muslime haben zwei andere heilige Stätten, die ihnen niemand wegnimmt: Mekka und Medina. Für die Juden gibt es seit mindestens 3000 Jahren nur eine heilige Stadt: Jerusalem. Die Araber erschienen hier erst vor ca. 1500 Jahren. Dick Hellman, Präsident der Vereinigung „Christenkampagne öffentliche Aktion für Israel“, die viele amerikanische Protestantengruppen zusammenfasst, schrieb: „Kein Volk, außer das jüdische Volk, hat biblische, historische oder moralische Rechte auf Jerusalem. Kein anderes Volk nannte jemals Jerusalem seine Hauptstadt. Im Koran gibt es überhaupt keine Erwähnung dieser Stadt. Die jüdische Bibel erwähnt Jerusalem 600 Mal!“

Doch die ganze Weltgemeinschaft besteht darauf, dass Israel den Arabern Ost-Jerusalem ‚zurückgeben‘ soll. Alle sind der Meinung, dass Israel selbst das einzige Hindernis für die Grün-

dung eines palästinensischen Staates ist. Die besetzten Gebiete, auch Ost-Jerusalem, müssten ‚befreit‘ werden, dann könnten die Palästinenser ihren Staat gründen und der Friede im Nahen Osten wäre erreicht. Dabei vergisst man z.B., dass von 1948 bis 1967 (fast zwanzig Jahre lang) der Gazastreifen zu Ägypten gehörte und das Gebiet westlich des Jordans (inklusive Ost-Jerusalem) zu Jordanien. *Warum haben die Ägypter und Jordanier ihren palästinensischen Brüdern nicht geholfen, einen eigenen Staat zu gründen?*

Zum Vergleich: Im Jahre 2005 kam der deutsche Kanzler Gerhard Schröder nach Kaliningrad, um zusammen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin das 750-jährige Jubiläum des deutschen Königsberg zu feiern. Damit erkannte er die Rechtmäßigkeit der Abtrennung dieser Stadt und mit ihr ganz Ostpreußens von Deutschland an. Hat Deutschland keine „Heiligtümer“? In Königsberg befindet sich das Grab einer bedeutenden deutschen Persönlichkeit: Immanuel Kant. Russland hatte niemals etwas mit Königsberg zu tun und hat diese Stadt nur mit dem Recht des Siegers in Besitz genommen. Israel hat nicht nur als militärischer Sieger einen Anspruch auf Ost-Jerusalem, aber dieser wird rundweg abgelehnt.

Wodurch erklärt sich die Verschiedenheit der Positionen deutscher Politiker im Bezug auf eigene und fremde „Heiligtümer“?

Das Flüchtlingsproblem

In den Jahren 1945 und 1946 wurden aus den von der Roten Armee eroberten, ursprünglich deutschen Gebieten sowie aus den Ländern Osteuropas zwischen zwölf und 18 Millionen Deutsche vertrieben. Dies geschah auf sehr brutale Weise: Unterwegs kamen etwa zwei Millionen Menschen ums Leben. Deutschland lag damals in Trümmern, aber alle Überlebenden wurden im verbliebenen deutschen Territorium aufgenommen. Von den Süd-Kurilen wurden alle dort lebenden Japaner und die Ureinwohner, das Volk der Ainu, vertrieben. Japan, dessen Städte in Schutt und Asche bombardiert waren, nahm diese Menschen auf.

Etwa zum selben Zeitpunkt, in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, wurden aus den arabischen Ländern und dem Iran etwa eine Million Juden vertrieben. Ihre Mehrheit fand eine neue Heimat im gerade erst gegründeten Staat Israel mit seiner kleinen Gesamtfläche.

Im Jahre 1948 flüchteten aus Israel etwa 400 bis 500.000 Araber, obwohl sie nicht vertrieben wurden. Im Gegenteil versuchten die Juden sie davon zurückzuhalten. Dafür gibt es viele Beweise von neutralen Beobachtern, z.B. von den britischen Behörden in Palästina. Sie flohen trotzdem, dem Ruf der Führer der arabischen Länder folgend, die Israel angegriffen hatten. Hier ein Zitat aus der Rede des damaligen irakischen Premierministers Nuri al-Said: „Wir werden das Land zerschmettern und jeden Ort zerstören, wo Juden eine Zuflucht suchen. Die

Araber müssen ihre Frauen und Kinder an einen sicheren Ort bringen, wo sie bis zum Ende des Kampfes gut aufgehoben sind.“

Bekannt ist, dass das „Ende des Kampfes“ nicht den Vorstellungen der arabischen Aggressoren entsprach. Haben sich die führenden Araber um ihre zur Flucht verleiteten Stammesgenossen gekümmert? Die Araber verfügen im Gegensatz zu Deutschland, Japan und Israel über ein großes Siedlungsgebiet. Man hätte die palästinensischen Flüchtlinge in den von den Juden verlassenen Häusern unterbringen und aus den beschlagnahmten jüdischen Vermögenswerten versorgen können. In einer Quelle sind wir auf die Angabe gestoßen, dass „der den Juden weggenommene Grundbesitz [...] fünfmal größer als das ganze Territorium des Staates Israel“ war.

Was in Wirklichkeit geschah, schrieb in der Märzausgabe 1976 des Magazins „Falastin al-savra“, herausgegeben von der Organisation für die Befreiung Palästinas, der heutige Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas: „Die arabischen Armeen kamen nach Palästina, um die Palästinenser vor der zionistischen Tyrannei zu schützen. Stattdessen wurden die Palästinenser völlig ihrem Schicksal überlassen und zur Emigration gezwungen, von einer politischen und ideologischen Blockade eingeschlossen und in Gefängnisse gesteckt, ähnlich den Gettos, in denen die Juden in Osteuropa leben mussten.“ Nicht die Juden pferchten die Palästinenser in Flüchtlingslager ein! Ihre arabischen Brüder halten sie dort rechtlos und als Potenzial, mit dem man jederzeit einen neuen Krieg gegen Israel entfesseln kann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte man 135 Millionen Menschen, die aus ihren Heimstätten geflüchtet waren. Um sie alle kümmerte sich die Behörde des Hohen Kommissars der UNO für Flüchtlinge. Um alle - außer die palästinensischen Flüchtlinge. Für diese relativ kleine Gruppe wurde aus irgendeinem Grund im Jahre 1949 bei der UNO eine eigene Verwaltung für Angelegenheiten der palästinensischen Flüchtlinge gegründet.

Jede Behörde muss ihr Brot verdienen. Das ‚Brot‘ dieser Bürokratie wurde das Beweinen des Schicksals ihrer Schützlinge und als Konsequenz das Schüren des schlechten Gewissens der Welt gegenüber den Palästinensern und der Feindseligkeit gegen Israel.

Die außergewöhnliche Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft ließ die Araber immer unerschämter auftreten. 1949 lehnten sie die ökonomisch begründeten Vorschläge des Sicherheitsrates der UNO zur Ansiedelung und Arbeitsvermittlung der Flüchtlinge im Nahen Osten ab. Zehn Jahre später, im Juni 1959, reagierten sie auf den langfristigen Plan des Generalsekretär der UNO Dag Hammarskjöld zur Rehabilitierung und Integration der Flüchtlinge an ihren tatsächlichen Wohnorten ebenso - und die UNO gab die Forderung der

tatsächlichen Wohnorten ebenso - und die UNO gab die Forderung der Palästinenser untätig weiter: „Nur zurück in ihre Häuser!“

Aus damals einigen hunderttausend Flüchtlingen wurden bis zum heutigen Tag mehr als fünf Millionen Menschen, also etwa das Zehnfache. Die arabische Gesamtbevölkerung wuchs im gleichen Zeitraum nur um das Drei- bis Vierfache. Woher kommen so viele Palästinenser? Die Erklärung ist ganz einfach: Die UNO übernimmt für jeden, der sich „Palästinenser“ nennt, die Kosten des Lebensunterhalts. Wie kann man die anderen Araber von den Palästinensern unterscheiden? So vergrößern Arme aus arabischen Ländern die Anzahl der ‚Palästinenser‘.

Diese Millionen in Israel aufzunehmen würde das Ende des jüdischen Staates bedeuten. Doch im Jahre 1947 beschloss die UNO die Gründung von zwei Staaten in Palästina - eines jüdischen und eines arabischen. Die UNO interessierte sich nie für die Rechte der vertriebenen Deutschen, Japaner oder orientalischen Juden. Lassen wir Japaner und Juden beiseite und konzentrieren uns auf das Schicksal der Deutschen: Am Tag ihrer Gründung schloss sich die Europäische Union der weltweiten Sorge um die Palästinenser an. Was ist mit den vertriebenen Deutschen? Ja, sie sind heute vollwertige Bürger der Bundesrepublik, aber unter ihnen gibt es ein Gefühl für das Unrecht, welches ihnen widerfahren ist.

In Nürnberg, wo unsere Zeitung *Rubezh* herausgegeben wird, findet jährlich das Treffen der Sudetendeutschen und ihrer Nachfahren statt. Sie wollen die Ächtung der Beneš-Dekrete als rechtswidrig erreichen. Diese waren die Grundlage der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat. Dafür bekommt die Landsmannschaft jedoch keinerlei Unterstützung von der Bundesregierung. Bei diesem Treffen war im Jahre 2002 der damalige Innenminister Otto Schily anwesend. Auf die Vorwürfe der Sudetendeutschen antwortete er: „Die Kränkungen aus der Vergangenheit gehören der Vergangenheit an.“ Die Sudetendeutschen wollten die Bemühungen der Tschechischen Republik um Aufnahme in die Europäische Union für ihre Ziele nutzen, aber Brüssel schloss sich der Meinung Schilys an.

Im Jahre 2004 reichte der Bund der aus Polen vertriebenen Deutschen (zu diesem Zeitpunkt war Polen schon in der EU) Klagen in Polen und beim Europäischen Gerichtshof ein mit der Forderung, ihnen das verlorene Eigentum zurückzugeben oder Schadenersatz zu leisten. Die Gerichte lehnte dies ab. Das Interessanteste daran war, dass zum damaligem Zeitpunkt Gerhard Schröder Polen besuchte und der polnischen Regierung versicherte, dass er sie dabei unterstütze, die Kläger abzuwehren, da „*ihr verantwortungsloses Verhalten die polnisch-deutschen Beziehungen erschwert*“.

Es ist uns unmöglich verstehen, warum, wenn es sich um Ungerechtigkeiten gegen Deutsche handelt, ihre Politiker ganz laut sagen, „Kränkungen aus der Vergangenheit gehören der Vergangenheit an“, aber wenn es um Unrecht gegen die Araber geht, dieses für immer und ewig aktuell bleiben soll?

Extreme Zurückhaltung und beispiellose Unverschämtheit

Die Zurückhaltung der deutschen Politiker in diesen Fragen erklärt sich wahrscheinlich aus ihrer Angst vor dem Vorwurf des Revanchismus. Warum teilen die Araber nicht die gleiche Angst? Sie haben noch vor der Gründung des israelischen Staates blutige Pogrome gegen die Juden organisiert. Die Armeen von fünf arabischen Länder überfielen Israel am zweiten Tag nach seiner Gründung und noch mehrmals danach. Jetzt treten sie als Opfer auf.

Es geht nicht nur um die Araber. Ja, Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg angefangen, Deutschland hat sich schuldig gemacht an seinen Nachbarn, ganz zu schweigen von seiner Schuld an den Juden. Die Toten kann man nicht wieder zum Leben erwecken, aber was die Lebenden betrifft hat Deutschland so viel wie kein anderes Land getan, um seine Schuld zu sühnen. Es hat sich bemüht, die Opfer zu entschädigen, die Häftlinge der Lager und Gettos, die Zwangsarbeiter und andere Kategorien von Betroffenen.

Das italienische Kassationsgericht erklärte die Rechtmäßigkeit der Ansprüche von italienischen Staatsangehörigen gegenüber Deutschland, die im Jahre 1943 zur Zwangsarbeit hierher deportiert wurden. Wir sind nicht in der Lage zu beurteilen, ob diese Ansprüche gerechtfertigt sind oder nicht. Uns hat aber der Kommentar zu diesem Verfahren in einem deutschen Zeitungsartikel überrascht. Darin stand, dass die Bundesregierung die Möglichkeit besitze, den Beschluss des italienischen Gerichts beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzufechten und gute Chancen habe Recht zu bekommen. Weiter schrieb der Autor: „Eine andere Frage ist, wie die deutsche Regierung in den Augen der internationalen Öffentlichkeit aussehen wird, wenn sie sich das erlaubt.“

Warum nur muss sich die deutsche Regierung darum kümmern, wie sie in den Augen der internationalen Öffentlichkeit aussehen wird? Warum erkennen die Regierungen Polens und der Tschechischen Republik nicht die Ansprüche der vertriebenen Deutschen an?

Hunderttausende von Deutschen wurden nach dem Krieg in die UdSSR zur Zwangsarbeit verschleppt. Einer von ihnen, Heinz Bornschein, wurde 1949 in Berlin festgenommen und wegen „Zersetzungstätigkeit“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er wurde in die UdSSR deportiert, wo er sechseinhalb Jahre lang in Workuta (Nordrussland) im Bergbau arbeiten

musste, bis er 1955 mit deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten auf Betreiben des Bundeskanzlers Adenauer befreit wurde.

Als Deutschland anfang, den „Ostarbeitern“ eine Entschädigung zu zahlen, dachte Bornschein, dass auch er Anspruch auf eine Entschädigung aus Russland habe. Vier Jahre lang - von 1999 bis 2003 - kämpfte er um seine Rehabilitierung, danach um eine Entschädigung. Das Ergebnis: Für sechseinhalb Jahre Zwangsarbeit erkannte man ihm eine Summe von etwa 170 Euro zu. Um diesen Betrag zu erhalten, hätte er nach Russland reisen müssen. Bornschein empfand die Höhe der Entschädigung und die Umstände ihrer Auszahlung als Verhöhnung und wandte sich an die deutsche Regierung mit der Bitte um Unterstützung. Aus dem Außenministerium bekam er die Antwort: „Das nationalsozialistische Regime hat vielen Menschen in Europa Schaden zugefügt. Der Bundesregierung ist klar, dass während des Zweiten Weltkrieges und in der ersten Zeit danach viele Deutsche Opfer von Gewalthandlungen und Willkür seitens ausländischer Mächte wurden. Aber unabhängig von der Rechtswidrigkeit der Taten anderer Mächte waren ihre Ursache die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes. Aus diesem Grund beabsichtigt die deutsche Regierung nicht, eine Entschädigung für Zwangsarbeiter von der Russischen Föderation zu fordern.“ Ähnliche Antworten bekam Bornschein auch von anderen Stellen.

Als Antwort schrieb Bornschein an das Außenministerium: „Wenn die Vertreter meines Landes solche Handlungsweisen aus Gründen der politischen Korrektheit zulassen, betrachte ich dies als Verrat.“ Er hat Recht: Jeder Staat trägt die Verantwortung für seine Handlungen und Taten oder die seiner Vorgänger.

Das, was im Schreiben des Außenministeriums steht, bedeutet die vollständige Anerkennung der „Kollektivschuld“ und sogar mehr - der Existenz einer ‚Erbverantwortung‘, denn Bornschein war zum Zeitpunkt des Kriegsendes nicht älter als 15 Jahre und konnte so mit nazistischen Verbrechen nichts zu tun haben.

Wenn im 21. Jahrhundert noch eine „Kollektivschuld“ existiert, warum zeigt dann die zivilisierte Menschheit solchen Unwillen, wenn die israelische Armee auf Terrorakte wie den Raketenbeschuss israelischer Städte mit Aktionen gegen die Urheber reagiert und dabei „friedliche“ Zivilisten sterben? Ihre Friedensliebe ist allerdings oft relativ: Sie haben als Regierung des Gazastreifens die Terroristen der Hamas gewählt und begrüßen jeden terroristischen Akt, egal ob in Jerusalem, New York oder London, mit Jubelfeiern.

Zurück zu Russland: Ja, die Deutschen tragen eine Verantwortung für die Verbrechen ihrer Väter und Großväter. Aber Russland selbst, damals noch als UdSSR, hat ein monströses Verbrechen am afghanischen Volk begangen: Von 15 Millionen Afghanen wurden 1,3 Milli-

onen getötet, mehr als ein Drittel der Bewohner mussten fliehen. Keiner redet heute von einer Entschädigung für die Afghanen durch Russland. Die Familien der Polen, die im Wald von Katyn getötet wurden, fordern nicht einmal eine Kompensation, nur die Rehabilitierung dieser Opfer des KGB, können aber nicht einmal das erreichen.

In seinem Schreiben an das Außenministerium erwähnt Bornschein die „politische Korrektheit“. Es scheint, dass sie nur von Deutschland, dem Westen und Israel erwartet wird. Von Russland oder den Arabern erwartet und fordert sie niemand - weil man ihr Öl und Gas braucht oder einfach wegen ihrer Unverschämtheit? Araber und Russen verkaufen Erdöl und Erdgas an die westlichen Länder zu weit überhöhten Preisen. Arabische Scheichs und russische Magnaten kaufen Immobilien in Europa und USA. Alle Hilfsfonds für die „palästinensischen Brüder“ bestehen zu 99 Prozent aus Beiträgen der westlichen Länder, die Einlagen der arabischen Staaten betragen weniger als ein Prozent. Dieses „Theater des Absurden“ wurde vom Westen selbst geschaffen und wird auch von Deutschland unterstützt. Wir haben immer noch dieselbe Frage: *Warum ist die deutsche Regierung so zurückhaltend, wenn es um den Rechtsschutz deutscher Bürger geht, und so geduldig mit dem frechen Verhalten Russlands oder der Araber?*

Könnte man nicht ein bisschen von der Sorge um die Erhaltung der Tierarten auf die Juden übertragen?

Wer sich im deutschen Fernsehen regelmäßig Dokumentationen über die Tierwelt anschaut, weiß, wie sich die zivilisierte Menschheit bemüht, um vom Aussterben bedrohte, seltene Tierarten zu schützen, z.B. Geparden und Berggorillas in Afrika, Orang-Utans in Indonesien oder Luchse und Wölfe in Europa. Man macht sich rührende Sorgen sogar um Arten, die nicht unmittelbar bedroht sind.

Vor einigen Jahren wurde im deutschen Fernsehen ein kurzer Film über den Bau eines eigenen Tunnels für Frösche gezeigt. In einer bestimmten Gegend wurden auf der Autobahn in der Zeit der verstärkten Wanderung der Frösche Tausende von ihnen getötet. Mehrere Millionen Euro wurden für einen Tunnel ausgegeben, um den Fröschen zu helfen, die gefährliche Strecke zu überbrücken.

Einige Monate später wurde ein anderer Film über ähnliche Baumaßnahmen für Hasen ausgestrahlt. - Im Jahre 2007 wurde in Frankreich eine Schnellzuglinie zwischen Paris und den westlichen Landesteilen gebaut. Auf dieser Strecke wurden 388 Übergänge für Wildtiere eingerichtet.

Anfang Juni 2008 fand in Bonn eine Umweltkonferenz statt, an der die zuständigen Minister aus zweihundert Ländern teilnahmen. Danach lasen wir in einer Zeitung: „Angela Merkel forderte zu radikalen Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt und der Schätze der Natur auf. Sie erinnerte daran, dass die Natur sich in einem beklagenswerten Zustand befinde und der Mensch daran schuld sei. Wir alle trügen die Verantwortung für das, was wir kaputt gemacht haben. Wir müssten dringend eine Taktik und Strategie erarbeiten, um vom Aussterben bedrohte Pflanzen- und Tierarten zu schützen und zu retten, bevor es zu spät ist.“

Vielleicht sollte man sich auch um die Vielfalt der Menschenarten kümmern? Es ginge hierbei nicht um biologische Arten, sondern um Völker. Ein Volk, das ‚vom Aussterben bedroht‘ ist, ist das jüdische Volk. Von ihm kann man auch sagen, dass an seinem beklagenswerten Zustand „der Mensch schuld ist“. Die deutschen Nazis, unterstützt von Angehörigen einiger anderer Völker und bei völliger Gleichgültigkeit der Mehrheit der Nationen der Erde, haben ein Drittel des Judentums vernichtet. Heute leben wieder etwa 13 Millionen Juden auf der Welt, die Hälfte davon in Israel, die andere Hälfte verstreut über den ganzen Globus, die meisten in den USA.

In den nächsten Jahrzehnten werden die Juden in der Diaspora als Folge ihrer Assimilation verschwinden. Russische Forscher schreiben, dass der Prozess der jüdischen Assimilation in Russland schon seinem Ende entgegengehe. In den USA schließen 50 Prozent der Juden „Mischehen“. Außerhalb Israels ist das ein gewohntes Bild. Deutschland hat 200.000 Juden aus der UdSSR aufgenommen, angeblich zur Wiederherstellung des jüdischen Lebens im Land. Das ist aber eine Illusion: Von den Einwanderern sind etwa die Hälfte keine Juden, sondern bestenfalls „Halbjuden“. In die jüdischen Gemeinden gehen meistens nur alte Leute. In zwanzig bis dreißig Jahren werden die Gemeinden wieder leer sein und die Jugend wird sich assimiliert haben, so wie überall auf der Welt. Ab der Mitte des 21. Jahrhunderts oder etwas später wird es Menschen jüdischer Nationalität nur noch in Israel geben - wenn es dann noch besteht.

In Europa oder Asien ist ein Staat, der in seiner Geschichte noch nie besiegt wurde, kaum zu finden. Sogar nach vernichtenden Niederlagen wurde hier Länder wie Frankreich, Deutschland, Russland, England, Polen, Schweden, China, Japan oder die Türkei wieder aufgebaut.

Israel ist ein Land, dessen erste ernsthafte Niederlage sein Ende bedeuten würde. Nur eine Atombombe, die im dicht besiedelten Zentrum des Landes explodiert, würde ausreichen, um den Staat und damit das jüdische Volk auszulöschen.

Hat das jüdische Volk nicht wenigstens so viel Fürsorge wie Geparden und Frösche verdient?

Immanuel Kant schrieb: *„Zwei Dinge erfüllen die Seele mit immer neuer, immer starker Bewunderung und Andacht - der Sternenhimmel über mir und das moralische Gesetz in mir.“*

Den Sternenhimmel gab es schon vor den Menschen. Doch woher kommt „das moralische Gesetz“? - Ein anderer deutscher Philosoph, Hegel, schrieb in seiner „Philosophie der Religion“: *„Jüdische Religion ist Träger der Positivität, weil in dieser Religion das moralische Gesetz selbst ist.“*

Vor mehr als 3000 Jahren haben Juden der Menschheit das moralische Gesetz und den Monotheismus gebracht. Wenn man sagt, dass die Juden das „auserwählte Volk“ sind, dann bedeutet diese Eigenschaft nicht irgendwelche Privilegien, sondern nur die Verantwortung, „den Ruhm Gottes“ zu den anderen Völkern zu tragen, wie es in der Bibel steht, also sein Wort und seine Gesetze.

Die Juden haben diese Pflicht durch die Weitergabe des moralischen Gesetzes an Christen und Muslime erfüllt. So wurde die Christenheit von Juden erschaffen. Später bekamen die Juden mehr als genug die ‚Dankbarkeit‘ von Christen und Muslimen zu spüren. Das moralische Gesetz, das der Menschheit die jüdische Tora gegeben hat, ist die Grundlage der heutigen westlichen Zivilisation.

Wie viele Talente in den verschiedensten Lebensbereichen - von der Musik bis zur Wissenschaft - haben Juden seit ihrer Emanzipation vor eineinhalb bis zwei Jahrhunderten der europäischen Gesellschaft gegeben! Die Juden werden auch künftig für die Menschheit nützlich sein.

Ein weiteres Zitat eines großen Deutschen, Johann Wolfgang von Goethe: *„Vor dem moralischen Gericht Gottes, dem Gericht, vor das die Völker kommen, wird nicht gefragt, ob die Nation die beste ist, es wird nur gefragt, ob diese Nation weiterhin existiert.“*

Die Juden wollen keine Dankbarkeit, keine Sonderstellung, keine Privilegien von anderen Völkern, sondern nur elementare Gerechtigkeit und Verständnis dafür, unter welchen Bedingungen sie ihren Staat aufbauen und verteidigen müssen.

Am 26. Juni 2008 erkannte das spanische Parlament den Menschenaffen die Menschenrechte zu. In dem Beschluss heißt es: *„Die großen Menschenaffen haben die gleichen Rechte auf Freiheit und Leben wie der Mensch selbst.“*

Welches Parlament könnte den Beschluss fassen, dass die Menschenrechte sich auch auf die Juden erstrecken - vielleicht die Generalversammlung der UNO?

Fazit

Bis jetzt werden den Juden diese Rechte vorenthalten, vor allem das Recht auf Leben. Dieses Recht wird ihnen täglich von Arabern durch Terrorakte wie Raketenabschüsse und Geiselnahmen bestritten. Faktisch wird es auch von der Weltgemeinschaft nicht anerkannt, denn sie versucht ständig dem Staat Israel die Hände zu binden bei seinen Versuchen, sich vor Terroristen zu schützen.

Die Juden haben lange Zeit keinen eigenen Staat gehabt und ein Drittel des jüdischen Volkes wurde getötet. Nicht nur die deutschen Nazis trugen die Schuld daran, sondern auch alle zivilisierten Staaten: Niemand bot den Juden eine Zuflucht an. Die Juden haben daraus gelernt und einen eigenen Staat gegründet. Die westliche Welt achtet als Konsequenz aus dem Holocaust auf ihre „politische Korrektheit“. Doch diese droht jetzt das jüdische Volk endgültig zu vernichten.

Die deutschen und andere europäischen Medien stellen den Nahostkonflikt stets als eine endlose Serie gegenseitiger Gewalt dar; man sieht keinen Anfang und kein Ende und weiß nicht mehr, wer im Recht oder Unrecht ist. Aber demjenigen, der Augen und Gedächtnis besitzt, fällt es nicht schwer zu verstehen, wer den Konflikt ausgelöst hat und immer wieder eskalieren lässt: Nach jeder kurzen Ruhepause kommt es erneut zu Gewaltakten der Araber und die Israelis müssen darauf reagieren. Die während bald 65 Friedensjahren erschlafften und verweichlichten Europäer wollen nicht auf die Einzelheiten eingehen: Wenn die ständige Spannung im Nahen Osten irgendwie mit Israel zu tun hat, ist Israel schuld daran.

Bei allen Verhandlungen über den Nahostkonflikt verhalten sich die Araber wie moralische Sieger und unschuldige Opfer. Sie wollen keinen Kompromiss finden, bestehen auf nur einer einzigen Lösung, wissen aber gleichzeitig, dass sie für die andere Seite nicht akzeptabel ist. Das unangemessene Verhalten der Araber in diesem Konflikt wurde ihnen durch die Verdrehung der Tatsachen ermöglicht, die sie mit Hilfe der Weltgemeinschaft erreicht haben: Sie geben sich als Opfer der Gewalt aus, obwohl sie selbst mehrmals gewalttätig und aggressiv gegen Israel wurden.

Bekanntlich fiel es Konrad Adenauer im Jahre 1949 schwer, den neuen deutschen Staat auf nur noch der Hälfte seines früheren Territoriums zu verkünden. Aber er hat es gewagt und das war für alle Deutschen ein Gewinn, auch für die aus ihrer Heimat vertriebenen. *Das Beste, was die deutsche Regierung für Israelis, Palästinenser und die gesamte Weltgemeinschaft tun könnte, wäre die Weitergabe ihrer Erfahrungen an die Araber, ihnen zu erklären, „wenn Du nach fremder Wolle gehst, sei nicht empört, wenn Du selbst geschoren zurückkommst“ (russisches Sprichwort), und ihnen zu sagen: Ihr habt das moralische Recht nicht für Euch*

gepachtet und keinerlei Grund, Euch als Sieger aufzuspielen. Sie müssen begreifen, dass man durch eine Politik der Kompromisse mehr erreichen kann als durch Maximalforderungen.

Es wäre noch besser, wenn die deutschen Politiker dies alles ihren Kollegen in der EU erklären könnten, um gemeinsam die Araber zu einer Lösung des Nahostkonfliktes zu bewegen, nicht nur durch Überredung, sondern moralischen, politischen und finanziellen Druck, statt immer nur zu versuchen, solchen auf Israel auszuüben, denn letzteres ist vergebens: Israel kann sich keine weiteren einseitigen Zugeständnisse gegenüber den Arabern leisten. Der Rückzug aus dem Südlibanon und dem Gazastreifen haben gezeigt, dass die Araber durch solche Konzessionen nur noch aufsässiger werden.

Im Juni 2008 besuchte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy Israel. Auch er versicherte den Abgeordneten der Knesset, dass sein Land bereit sei, Israel im Falle einer iranischen Atombombendrohung zu schützen und denjenigen den Weg zu versperren, die den jüdischen Staat vernichten wollen. Gleichzeitig nannte er als Voraussetzungen für einen Frieden mit den Palästinensern den „Hauptstadtstatus von zwei Staaten für Jerusalem (also die Übergabe der Kontrolle über den Ostteil an die Araber), das sofortige Ende der Baumaßnahmen in den Siedlungen und eine gerechte Lösung des Problems der fünf Millionen Flüchtlinge“. - Das sind alle Forderungen der Palästinenser!

Die „*Bereitschaft, Israel zu schützen*“ ist nur eine Deklaration. In Wirklichkeit ist es möglich, dass weder Merkel noch Sarkozy rechtzeitig zur Hilfe kommen können. Sie brauchen das Einverständnis der Parlamente. Dieses ist aber bei der heutigen Stimmung in der Bevölkerung eher fraglich. Wenn man die Maximalforderungen der Palästinenser akzeptiert, wird die Sicherheitslage des Staates Israel unhaltbar.

Auf der Welt gibt es viele ähnliche Konflikte, z.B. den um Kaschmir zwischen Indien und Pakistan. Uns sind Hindus prinzipiell sympathischer als Muslime, aber bei diesem Streit haben eher die Muslime recht, die den Großteil der Bewohner von Kaschmir stellen. Dreimal wurde bereits wegen diesem Streit ein Krieg zwischen Indien und Pakistan geführt und immer wieder kommt es in dieser Region zu Terrorakten. Dies beunruhigt jedoch im Großen und Ganzen niemanden, obwohl sich hier zwei Atommächte bekämpfen. Alle sind mit den Palästinensern zu beschäftigt.

Wir haben unseren Brief mit der These begonnen, dass die meisten Deutschen die Pflicht ihrer Regierung zum Schutz des Staates Israel nicht anerkennen. Diese resultiert aus einer *historischen Verantwortung*. Die von uns vorgeschlagene Konzeption bezieht ihre Rechtfertigung mehr von der moralischen Seite. Vielleicht findet sie deshalb größeres Verständnis bei den deutschen Bürgern.

Izrail Zaydman, Vadym Zaydman (Redaktion Rubezh)

Übersetzt aus dem Russischen von Olga Grineva, editiert von Gerhard Jochem

[Index*](#)

[Home*](#)